

vorwärtsHESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

MAI 2019

VERÄNDERUNGEN



Thorsten Schäfer-Gümbel,
SPD-Landes- und Fraktions-
vorsitzender

Am 9. April 2019 hat mich der Aufsichtsrat der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zu seinem neuen Vorstandsmitglied bestellt. Mit Datum des 1. Oktobers 2019 werde ich die Funktion des Arbeitsdirektors übernehmen. Für mich war die Entscheidung, den Landesvorsitz der Sozialdemokratie in Hessen, den Vorsitz der Landtagsfraktion und mein Mandat als Abgeordneter des Hessischen Landtags abzugeben, keine einfache. Aber alles hat seine Zeit. Ich bin zur Landtagswahl im vergangenen Jahr mit dem Ziel angetreten, Ministerpräsident von Hessen zu werden. Leider haben die Wählerinnen und Wähler anders entschieden. Für mich war noch am Wahlabend klar, dass ich die Verantwortung für das Ergebnis übernehme und kein weiteres Mal als Spitzenkandidat der Hessen-SPD zu einer Landtagswahl antreten werde. Auf dem kommenden Landesparteitag, der am 2. November 2019 in Baunatal stattfinden wird, werde ich daher auch nicht mehr für den Landesvorsitz kandidieren.

Bis dahin liegt jedoch noch einiges an Arbeit vor uns. In den vergangenen Wochen haben die Mitglieder der Partei- und Strukturreform an Vorschlägen für eine Reform der SPD in Hessen gearbeitet. Diese Handlungsempfehlungen wurden nun an die zuständige Kommission weitergeleitet mit dem Ziel, dass auf dem Landesparteitag erste Reformen eingeleitet werden. Die Zukunft der hessischen SPD hängt maßgebend von diesen Reformen ab.

Wir befinden uns mitten im Europawahlkampf. Die Europawahl am 26. Mai 2019 wird eine klare Richtungsentscheidung sein. Erstmals besteht die Gefahr, dass populistische Strömungen unterschiedlichster Ausrichtungen eine Blockademehrheit im EU-Parlament erringen könnten. Das müssen wir verhindern. Europa braucht eine positive Gestaltungsmehrheit. Die großen Fragen von Frieden und Sicherheit werden nicht national, sondern international geregelt werden müssen. Wir haben die richtigen programmatischen und personellen Antworten auf die drängendsten Fragen unserer Zeit. Unsere Spitzenkandidatin und unser Spitzenkandidat Katarina Barley und Udo Bullmann, verkörpern Europa durch und durch. Für uns ist Europa mehr als ein bloßer „Markt“. Europa braucht eine starke Sozialdemokratie.

Th. Schäfer-Gümbel

6. JUNI

MITARBEITER-
KONVENT

STADTHALLE

STADTALLENDORF

2. NOVEMBER

ORDENTLICHER
LANDESPARTEITAG

MIT VORSTANDS-

WAHLEN

IN BAUNATAL

ALLES HAT SEINE ZEIT

Alles hat seine Zeit“, sind die Worte, die Thorsten Schäfer-Gümbel seiner Rückzugserklärung aus der Politik am 19. März voranstellt. „Alles hat seine Zeit“, heißt es im Prediger Salomo, Kapitel 3, „und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde“. Worte, die nicht besser gewählt sein könnten, als der Landes- und Fraktionsvorsitzende der hessischen SPD am 19. März seinen Rückzug aus der Politik bekannt gibt.

Ein kurzer Rückblick: Rund zehn Jahre zuvor, am 8. November 2008, hatte die hessische SPD Schäfer-Gümbel zum Spitzenkandidaten vorgeschlagen. In schwierigsten Zeiten sollte er den langfristigen Neuaufbau der hessischen SPD begleiten, ja, vorantreiben. Zehn Jahre lang ist der nun scheidende Landeschef dieser Aufgabe beharrlich treu geblieben und hat mitunter große Erfolge erzielt, wie unter anderem das Wahlergebnis von 2013 eindrucksvoll bestätigt hat. „Zu Regierungsverantwortung und damit dem Mandat zur Veränderung, zum Gestalten hat das jedoch nicht

geführt“, räumt Schäfer-Gümbel in seiner Erklärung ein. Fünf Jahre später, mit der Landtagswahl am 28. Oktober 2018, sollte das folgen, was Schäfer-Gümbel zu seinem Rückzug bewegt hat. Ein drittes Mal war er angetreten, ohne jedoch das gewünschte Ergebnis zu erzielen. „Am Ende ist immer der Spitzenkandidat für das Ergebnis verantwortlich“, sagt Schäfer-Gümbel selbst. Der Rahmen, in dem eine Opposition gestalten könne, bleibe immer eingeschränkt. Davon ungebrochen sei jedoch sein Wille, zu gestalten – deshalb auch die neue Aufgabe. Zum 1. Oktober 2019 wird Thorsten Schäfer-Gümbel als Vorstandsmitglied und Arbeitsdirektor zur Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) wechseln. Wenn alles seine Zeit hat, dann gibt es auch eine Zeit zum Gehen. Wenn Thorsten Schäfer-Gümbel geht, dann hinterlässt er viel. Das Wichtigste davon ist eine hessische SPD, die deutlich näher zusammengerückt ist, als das zu seinem Antritt 2009 der Fall war. Dass dies so bleibt, ist ihm besonders wichtig. ■



Zum 1. Oktober wechselt Landes- und Fraktionschef Thorsten Schäfer-Gümbel zur Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit.

FOTO: ASTRID KNIE

SPD ZUKUNFTS- FÄHIG MACHEN

In den vergangenen Wochen haben die Mitglieder der Partei- und Strukturreform in den sechs Untergruppen, die unter anderem die Themen Finanzen, politische Bildung, Stärkung des Ehrenamts und Kommunikation behandeln, intensiv an Reformvorschlägen gearbeitet. Die Untergruppen haben zunächst eine Ist-Stand-Analyse in ihren Themenbereichen vorgenommen, Ziele formuliert und schließlich den Weg dorthin erarbeitet. Ihre Handlungsempfehlungen wurden nun an die Kommission übermittelt und dort am 6. Mai diskutiert. Ziel ist es, Beschlussvorlagen zu erarbeiten, um so auf dem Parteitag im November erste Reformen einleiten zu können. Die Stärkung der Organisationskraft und die Sicherung der flächendeckenden, hauptamtlichen Struktur ist dabei ein wichtiger Grundsatz. Zur Konsolidierung des Haushalts der hessischen SPD hat der Landesvorstand einen Solidaritätsbeitrag der Abgeordneten des Landtags, des Bundestags und des Europäischen Parlamentes beschlossen. ■

„EINE NEUE AUFGABE MUSS ZU MIR PASSEN“

DREI FRAGEN AN THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL

vorwärts Hessen:

Du gibst das Amt des Partei- und Fraktionsvorsitzenden sowie des stellvertretenden Parteivorsitzenden bis zum Oktober beziehungsweise November auf. Viele haben dich schon gefragt, aber wie bist du zu der Entscheidung gekommen, dich aus der aktiven Politik zurückzuziehen?

Thorsten Schäfer-Gümbel: Die Entscheidung ist mir nicht leichtgefallen. Aber mein Entschluss, dass es für den Fall eines Scheiterns bei der Landtagswahl am 28. Oktober 2018 meinerseits keinen weiteren Anlauf als Spitzenkandidat der SPD Hessen geben würde, stand schon Anfang letzten Jahres fest. Darüber habe ich Andrea Nahles am 29. Oktober auch informiert.

vorwärts Hessen:

Du warst zehn Jahre Partei- und Fraktionsvorsitzender und damit nebenbei der längste Vorsitzende seit 1949. Was waren in dieser Zeit deine drei größten Erfolge und deine drei größten Fehlentscheidungen?

Thorsten Schäfer-Gümbel: Das müssen andere beurteilen. Die Zeit für einen Nachruf ist übrigens noch nicht gekommen. (Lacht!)

vorwärts Hessen:

Du hast gesagt, dass es für dich kein Abschied von der Politik wird – du bist und



FOTO: ASTRID KNIE

bleibst ein politischer Mensch. Was ist für dich die politische Dimension der Arbeit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)?

Thorsten Schäfer-Gümbel: Als die Humanitätskrise im Jahr 2015 nicht mehr nur ein Thema in der Tagesschau war, sondern im Alltag vieler Bürgerinnen und Bürger erlebbar, ist vielen klar geworden, dass die klassische Trennung von Außen- und Innen-

politik endgültig vorbei ist. Wir reden jetzt über die Bekämpfung von Fluchtursachen: Krieg, Armut, Klimawandel, Wassermangel etc. Entwicklungszusammenarbeit ist ein Teil der Antwort. Das macht die GIZ deshalb schon von ihrer Aufgabenstellung her zu einer gesellschaftspolitischen Aufgabe. Für mich war immer klar, dass eine neue Aufgabe zu mir und meinen Prinzipien passen muss. Das tut die neue Aufgabe ganz sicher.

FAESER KÜNDIGT KANDIDATUR AN **NEUAUFSTELLUNG DER HESSISCHEN SPD**

Wenige Tage nachdem Thorsten Schäfer-Gümbel mitgeteilt hat, dass er sich aus der aktiven Politik zurückziehen wird, kündigte Nancy Faeser, die Generalsekretärin der SPD Hessen, an, beim nächsten Landesparteitag im November für das Amt der Vorsitzenden zu kandidieren. Nach einer Sitzung des Landesvorstands am 28. März in Butzbach sagte sie, sie habe sich diese Entscheidung nicht leichtgemacht. „Auf jede und jeden, die oder der Thorsten Schäfer-Gümbel nachfolgt, warten große Aufgaben“, erklärte Nancy Faeser. Es gelte, die Partei nach dem enttäuschenden Wahlergebnis vom 28. Oktober neu zu formieren und auszurichten. „Das ist eine große Aufgabe, der ich mich aber zusammen mit einem starken und motivierten Führungsteam gerne stellen möchte“, sagte sie. Thematisch stünden weiterhin die Themen Wohnen, Bildung und Mobilität im Mittelpunkt, ergänzt um neue sozialdemokratische Konzepte für den Klima- und Umweltschutz. „Die SPD muss zu einer Partei des sozialen und ökologischen Ausgleichs werden und ent-

sprechende Antworten liefern“, erklärte Faeser. Damit würde die Juristin und Landtagsabgeordnete sowohl auf Kontinuität als auch auf einen Neuanfang setzen. Über ihren Anspruch und die eventuell künftige Aufgabe sagt sie selbst: „Es gibt viel zu tun in Hessen.“

Die Wahlen des Landesvorstands finden auf dem Landesparteitag am 2. November statt. Bis zum Redaktionsschluss des vorliegenden Hefts am 18. April lagen keine weiteren Kandidaturen für den Landesvorsitz vor. ■



FOTO: ASTRID KNIE

Die bisherige Generalsekretärin Nancy Faeser möchte im November als Landesvorsitzende kandidieren.

EUROPA IST DIE ANTWORT

UDO BULLMANN UND MARTINA WERNER IM HESSISCHEN EUROPAWAHLKAMPF

Europa ist die Antwort“, titelt die SPD-Kampagne zur Europawahl am 26. Mai. Bundesweit sind sozialdemokratische Europaabgeordnete und jene, die es werden wollen, unterwegs, um für Europa zu werben. Denn, so scheint es, das kann man zurzeit gar nicht genug. Europa ist die Antwort – auf so vieles – und doch wird diese Antwort oft vergessen oder für selbstverständlich gehalten. Während Rechtspopulisten Brüssel für sich einnehmen möchten, ist es wichtiger denn je, über und mit Europa zu sprechen. Das wissen vor allem die hessischen Europaabgeordneten Martina Werner und Dr. Udo Bullmann. Es gibt kaum eine Form des Wahlkampfes, die der Nordhessin nicht liegt. „Natürlich sind mir Termine, wo man in Ruhe bei Kaffee und Kuchen ins Gespräch kommt, am liebsten. Da ist genug Zeit und Raum, um wirklich miteinander zu sprechen“, gesteht Werner. Sie diskutiert gerne, tauscht sich gerne aus und spricht über Inhalte. „Deshalb liegen mit natürlich auch Formate wie ‚Fish-Bowl-Diskussionen‘ oder ein politisches ‚Speed-Dating‘ besonders“, erklärt die Europaabgeordnete.

Udo Bullmann steht für ein soziales und starkes Europa – „ein Europa für die Zukunft“, sagt er. Seit 1999 sitzt Bullmann bereits im Europäischen Parlament, 2018

übernimmt er den Vorsitz der S&D-Fraktion. Gemeinsam mit Katarina Barley bildet er das Spitzenkandidatenduo zur Europawahl am 26. Mai. „Wenn du in und für Europa arbeitest, ist jeder Tag voller Spannung, bringt etwas Neues“, erklärt er. Dafür ist er im Europawahlkampf unterwegs, damit Brüssel nicht mehr als Synonym für Bürokratie erhalten muss. Er weiß, Europa ist das, was wir daraus machen. „Deshalb kämpfe ich



FOTO: UDO BULLMANN

Udo Bullmann:
Vorsitzender der S&D-Fraktion im Europaparlament, Spitzenkandidat für die Europawahl auf Bundes- und Landesebene.

im Wahlkampf gegen die Rückkehr zu Egoismus und Nationalismus, für ein starkes Europa“, erklärt Bullmann.

Der 26. Mai ist ein Tag, an dem eine Richtungsentscheidung für Europa getroffen wird. Eine Richtungsentscheidung, die uns alle als Europäerinnen und Europäer betreffen wird. Bis dahin sollten deshalb nicht nur alle Abgeordneten und Wahlkämpfenden mit und über Europa sprechen. ■



FOTO: MARTINA WERNER

Martina Werner:
Europaabgeordnete, Listenplatz 17 für die Europawahl am 26. Mai.

FORT- UND WEITERBILDUNG STEHEN IM ZENTRUM

11. MITARBEITERKONVENT IN STADTALLENDORF

Es ist ein festes Format, ein wichtiger Termin im Kalender und für die meisten Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter der hessischen SPD nicht mehr wegzudenken: der Mitarbeiterkonvent. In diesem Jahr findet die be-

liebte Veranstaltung bereits zum elften Mal statt. Los geht es am 6. Juni um 10 Uhr in der Stadthalle in Stadtallendorf. Fünf verschiedene Arbeitsgruppen wird es geben, die sich mit theoretischen und praktischen Themen auseinandersetzen. Während sich ein Seminar mit Grundrente und Bürgergeld auseinandersetzt, schult das andere im Umgang mit der Handykamera oder beschäftigt sich mit sogenannter „Counter Speech“. Die Auswahlmöglichkeiten sind groß, denn auch bei der hessischen SPD wird Fort- und Weiterbildung eine große Bedeutung zugemessen. Auch dieses Jahr wird der Mitarbeiterkonvent von dem Vorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel und der Generalsekretärin Nancy Faeser begleitet. Bis Ende Mai haben alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unterbezirke, der Bezirke, der Fraktionen, der Büros von Abgeordneten Zeit, sich anzumelden. ■



FOTO: SPD LANDESVERBAND HESSEN

„Mit dem Mitarbeiterkonvent haben wir ein Fort- und Weiterbildungsangebot, das alle hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen SPD nutzen können“, sagt Nancy Faeser.

#ONTHEROTH IN SACHEN EUROPA

„Was geht mich Europa an?“, heißt die bundesweite Dialogtour des Staatsministers für Europa im Auswärtigen Amt Michael Roth. Er ist #ontheRoth in Sachen Europa, tourt durch die ganze Bundesrepublik und macht oft halt in Hessen. In Wächtersbach beispielsweise diskutierte der Staatsminister auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Bettina Müller über Europa, in Wetzlar entdeckte er mit Interessierten, wie viel Europa in der Stadt steckt. „Es tut gut, so vielen europabegeisterten, weltoffenen und freundlichen Menschen zu begegnen“, sagt Roth. Das schließt Kritik am derzeitigen Zustand der EU selbstverständlich nicht aus. Bis zum 26. Mai ist der Nordhesse unterwegs. Die Veranstaltungen zeigen ihm vor allem, dass sich viele Missverständnisse über die EU im Dialog ausräumen lassen und wie wichtig es ist, gesprächsbereit und offen für neue Ideen zu sein. ■



FOTO: MICHAEL ROTH

Michael Roth, MdB

**DIREKT-
WAHLEN**

AM 26. MAI

Gert-Uwe Mende
stellt sich in Wiesbaden
als Oberbürgermeister
zur Wahl.

Friedhelm Bender
möchte Bürgermeister
in Runkel bleiben.

Klaus Fissmann
möchte Bürgermeister
in Ringgau bleiben.

Ralf Möller
möchte Bürgermeister
in Weiterstadt bleiben.

Markus Deusing
möchte Bürgermeister
in Mittenaar bleiben.

Patrick Koch
möchte Bürgermeister
in Pfungstadt bleiben.

Volker Diefenbach
möchte Bürgermeister
in Heidenrod bleiben.

Georg Breitwieser
stellt sich zur Wahl als
Bürgermeister in Lorch.

Markus Keiner
stellt sich zur Wahl
als Bürgermeister von
Aßlar.

Manuel Feick
stellt sich zur Wahl
als Bürgermeister von
Reinheim.

Timo Heusner
stellt sich zur Wahl als
Bürgermeister von
Philippsthal (Werra).

Werner Fladung
stellt sich zur Wahl
als Bürgermeister von
Oestrich-Winkel.

Frank Caspar
stellt sich in Greben-
hain als Bürgermeister
zur Wahl.

MITEINANDER FÜR WIESBADEN

GERT-UWE MENDE IST OB-KANDIDAT DER SPD FÜR WIESBADEN

Es ist unruhig im Saal. Auf der Bühne wartet der Vertreter der Zählkommission darauf, dass die Genossinnen und Genossen aus dem Vorraum zurückkommen. Gleich wird verkündet, wer die Wiesbadener SPD in den Oberbürgermeisterwahlkampf führen wird. Endlich kehrt Ruhe ein. „Von 192 abgegebenen Stimmen entfallen auf Gert-Uwe Mende 190 ...“, verkündet er, aber weiter kommt er nicht, denn augenblicklich bricht im Saal heftiger Jubel los. Das sind beinahe 99 Prozent, ein mehr als deutliches Ergebnis: Obwohl Mende erstmals für ein so hohes Wahlamt antritt, stehen die Genossinnen und Genossen hinter ihm. Seit vergangenem Jahr ist er Ortsvorsteher von Dotzheim – seine bisher einzige kommunalpolitische Position. Seine Berufserfahrung scheint das jedoch wettzumachen. Gert-Uwe Mende ist ausgebildeter Zeitungsredakteur, war nach kurzer journalistischer Tätigkeit acht Jahre im Innenministerium beschäftigt. Danach war er Pressesprecher und ist seit dem Jahr 2006 Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion. Er weiß, wie Verwaltungen funktionieren und wie sie zu steuern sind.

Hauptsächlich liegt die Überzeugungskraft aber in seinem Auftreten. Gert-Uwe Mende ist niemand, der sich aufdrängt. Er ist bescheiden, bodenständig und es gewohnt, aktiven Politikern zuzuarbeiten – jenseits des Rampenlichts. Deshalb wirkt er unaufgeregt und wenig präventios, was ihn zudem sympathisch macht. Wenn man ihm zuhört, wird einem schnell klar, dass sich da jemand äußert, der weiß, wovon er spricht, und der seine Erfahrung konstruktiv einsetzt. Im persönlichen Gespräch blitzen immer wieder sein Witz und sein Charme auf. Er hört viel zu und hört vor allem auf das, was die Menschen ihm im Gespräch erzählen.



Gert-Uwe Mende kämpft mit Sympathie und Expertise um den Rathausstuhl in Wiesbaden.

Genauso gut weiß er aber, wann es notwendig ist, energisch zu werden, um die eigenen Vorstellungen zu verteidigen – das bringt es wahrscheinlich mit sich, als einer von fünf Brüdern aufzuwachsen. Wenn man Mende privat trifft, dann trifft man einen Familienmenschen. Verheiratet, zwei erwachsene Kinder. Zu Hause, im Kreis seiner Familie, findet er Ruhe. Sie hält er weitestgehend aus dem Wahlkampf heraus. Seine Frau und seine Kinder sollen selbst entscheiden können, wie öffentlich sie werden wollen. In dieser Frage zeigt er sich bedacht, prinzipientreu. Das ist es, was Genossinnen und Genossen an ihm schätzen. Persönliche Integrität und Werte spielen für Mende eine große Rolle. Wenn es darum geht, Wählerinnen und Wähler von sich zu überzeugen, verschafft er sich dadurch einen großen Vorteil, denn in den letzten Jahren wurde die Landeshauptstadt von kleineren und größeren

politischen Skandalen gebeutelt. Das hat das politische Miteinander vergiftet und das Vertrauen in die städtischen Institutionen erschüttert. Viele Wiesbadenerinnen und Wiesbadener trauen es Mende zu, ungesunde Strukturen zu erkennen und die Gräben in der Stadtpolitik wieder zu schließen.

In den nächsten Wochen wartet noch viel Arbeit auf ihn und sein Team. Sein vorrangigstes Ziel: sich bekannt machen. Dafür ist er unermüdlich unterwegs und die Erfolgchancen für den 26. Mai sind alles andere als schlecht. ■

Gert-Uwe Mende und die Wiesbadener SPD unterstützen: bei verschiedenen Wahlkampfkampagnen am 18.05., am 24.05. oder am 25.05. in Wiesbaden. Unterstützungsanmeldung an mende@spd-wiesbaden.de oder telefonisch 0611/999 77 12.

SOLIDARITÄT ERNEUERN

NRW SPD UND SPD HESSEN BEREITEN GEMEINSAMEN ANTRAG FÜR BUNDESPARTEITAG VOR

Staatseinnahmen sind nur dann gerecht, wenn sich alle angemessen an der Finanzierung des Staates beteiligen“, heißt es in einem gemeinsamen Steuerpapier der nordrhein-westfälischen und hessischen SPD. Das sei so lange nicht der Fall, wie global agierende Unternehmen und viele besonders vermögende Privatpersonen Steuern durch trickreiches Ausnutzen von Schlupflöchern bis hin zum Betrug oder gar der Plünderung öffentlicher Kassen umschiffen könnten. Das müsse sich endlich ändern.

Mit dem Ziel, einen entsprechenden gemeinsamen Antrag auf dem Bundesparteitag im Dezember einzureichen, hatten die Präsidien der beiden Landesverbände in einer gemeinsamen Sitzung das Papier „Handlungsfähigkeit stärken – Solidarität erneuern: Für einen starken solidarischen Staat“ als Grundlage erarbeitet. Solidarität werde vor allem durch die wirksame Bekämpfung von Steuerbetrug, den Abbau steuerlicher Privilegien für hohe Vermögen und Einkommen und die Entlastung von kleinen und mittleren Ein-

kommen erzielt. „Wir brauchen finanzielle Handlungsspielräume für Kommunen. Denn während die Unternehmensgewinne sprudeln und die Arbeitslosenquote statistisch gesehen auf einem Tiefstand ist, verfallen die Infrastruktur und die soziale Versorgung“, so eine weitere Passage. Die beiden Landesverbände sehen deshalb wirkungsvollere Sanktionen bei Gesetzesverstößen, mehr Transparenz und verbesserte Ermittlungsmöglichkeiten und das schnellere Schließen von Steuer-schlupflöchern vor. ■

FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

LEERSTÄNDE DURCH SPEKULATIONEN

Die Bekämpfung des Wohnungsleerstands und Wohnungsmanagements hat in der zurückliegenden Parlamentswoche eine große Rolle gespielt. Die SPD-Fraktion hat dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die spekulativen Immobilienleerstände gelegt. „Wir wollen Immobilienleerstände aus spekulativen Gründen unterbinden. Dazu haben wir ein Wohnraumschutzgesetz eingebracht, das Leerstand bekämpft - auch wenn der zuständige Minister Al-Wazir der Ansicht ist, es gebe an dieser Stelle gar kein Problem. Immerhin haben auch zahlreiche Grünen-Politiker in der Rheinmain-Metropole die Ablehnung eines Zweckentfremdungsgesetzes durch die Koalition presseöffentlich scharf kritisiert“, sagte die wohnungsbaupolitische Sprecherin Elke Barth. In den Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten, wie zum Beispiel Frankfurt, aber auch anderen Orten im Rhein-Main-Gebiet, stünden trotz gravierender Wohnraumnot immer häufiger Immobilien leer. Die Gründe hierfür seien vielfältig. Ein Grund liege in der „Flucht in Betongold“. Die aktuelle Situation sei günstig, Geld in Immobilien „zu parken“ und damit 10 Pro-

zent oder mehr Rendite durch steigende Grundstückspreise pro Jahr zu erzielen. Immobilien in Ballungsgebieten seien damit eine attraktive Kapitalanlage. Da sich Immobilien unbewohnt besser weiterveräußern ließen, stünden diese Immobilien dann häufig auch leer oder würden zumindest teilentmietet. „Es ist nicht hinnehmbar, dass wir auf der einen Seite einen gravierenden Mangel an Wohnungen

haben, andererseits aber nichts dagegen unternehmen, wenn Häuser leer stehen und damit auch noch Geld verdient wird. Die SPD erwartet, dass die Koalition aus CDU und Grünen bis zu der Gesetzesanhörung im August noch einlenkt, damit die betroffenen Städte ein Instrument in die Hand bekommen, um diese Auswüchse auf dem Immobilienmarkt zu bekämpfen“, sagte Barth abschließend. ■

WOHNRAUM MUSS FÜR DIE MENSCHEN DA SEIN. NICHT FÜR DIE GEWINNE EINIGER WENIGER.



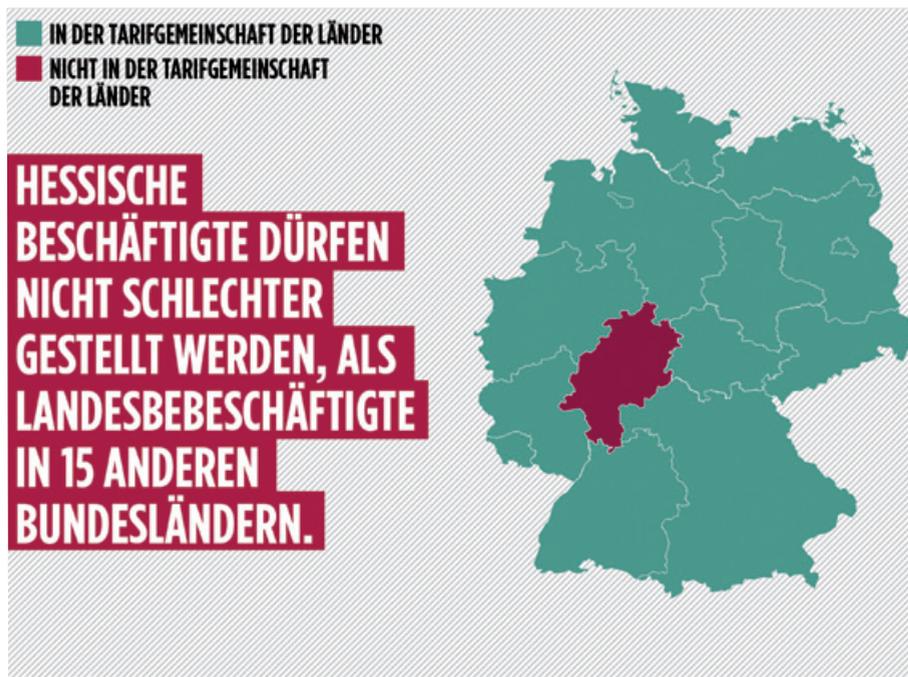
FOTO: RIALA/PIXABAY

NEUER TARIFVERTRAG

Für die rund 45.000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Hessen gilt rückwirkend zum 1. Januar 2019 ein neuer Tarifvertrag. Den haben die Gewerkschaften mit dem Land vor Kurzem ausgehandelt. Kritik am ta-

rifpolitischen Sonderweg des Landes kam vonseiten des Parlamentarischen Geschäftsführers Günter Rudolph, der diesen eine „Farce“ nannte. „Im Ergebnis unterscheidet sich der Abschluss für Hessen substantiell nicht von dem Er-

gebnis, das die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) für den Rest Deutschlands vereinbart hat. Der Aufwand für die gesonderten hessischen Tarifverhandlungen steht auch weiterhin in keinem sinnvollen Verhältnis zum Ergebnis. Angesichts der jetzigen Situation fordern wir auch weiterhin: „Hessen muss in die TdL zurückkehren.“ Rudolph begrüßt dagegen den Sinneswandel der schwarz-grünen Landesregierung in der Frage der inhaltlichen und zeitnahen Übertragung des Tarifabschlusses in vollem Umfang auf die Beamtinnen und Beamten des Landes. Dies hatten die Tarifvertragsparteien empfohlen. „Die hessische Beamtenschaft hat in der Vergangenheit Sonderopfer bringen müssen, ist damit seit Jahren von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt worden und hinkt anderen Ländern in der Besoldung hinterher. Die Übertragung der Ergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten ist daher lediglich erst ein Anfang in der Beseitigung dieser Ungleichheit und muss durch andere Schritte ergänzt werden“, so der Parlamentarische Geschäftsführer. ■



RECHTSSTAAT STÄRKEN

Nach Ansicht des rechtspolitischen Sprechers, Gerald Kummer, ist der sogenannte Pakt für den Rechtsstaat zwischen dem Bund und den Ländern „richtig und notwendig“. Ein Ziel des Paktes liege vor allem darin, die Personalausstattung der Justiz bundesweit erheblich zu verbessern, die nach Meinung von Fachleuten unzureichend sei. „Wir hoffen sehr, dass der langjährigen ignoranten Personalpolitik in der hessischen Justiz, die auch durch die kleineren Korrekturen der letzten Jahre nicht wieder aufgefangen werden konnte, nun endlich etwas entgegengesetzt wird. Der Pakt ist eine gute Sache und unser Dank gilt insbesondere der zuständigen Bundesjustizministerin Katarina Barley für ihren Einsatz. Die Gerichtsverfahren in Hessen sind nach wie vor langwierig. Damit entsteht Frust beim Personal und bei den Bürgerinnen und Bürgern, Vertrauen in den Rechtsstaat droht damit, verloren zu gehen“, sagte Kummer. Die Verantwortung dafür liege klar bei der Landesregierung. ■



Gerald Kummer, MdL

FOTO: SPD-FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

GRATULATION

„Ich freue mich, dass der Hessische Landtag mit der Wahl von Prof. Dr. Poseck und Prof. Dr. Sacksofsky auf Kontinuität setzt und mit den gewählten Persönlichkeiten außerordentlich versierte und erfahrene Juristen an die Spitze des höchsten hessischen Gerichts berufen hat“, gratulierte der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel dem Präsidenten des Oberlandesgerichts Frankfurt, Prof. Dr. Roman Poseck, und der Frankfurter Jura-Professorin Dr. Ute Sacksofsky zur Wahl in das Amt des Präsidenten beziehungsweise der Vizepräsidentin des Hessischen Staatsgerichtshofes. Beide hatten bei ihrer Wiederwahl die Stimmen der SPD-Fraktion erhalten. Gleichzeitig gratulierte Schäfer-Gümbel auch Dr. h. c. Georg D. Falk von der Liste der SPD zu dessen Wahl als weiteres nichtrichterliches Mitglied am Staatsgerichtshof. ■



Prof. Dr. Ute Sacksofsky

FOTO: PRIVAT

MISSTÄNDE ABSTELLEN

Aufgrund von erschütternden und unerträglichen Bildern, die von einem TV-Team in der Akutpsychiatrie des Klinikums Frankfurt-Höchst gedreht wurden, hat die SPD das Thema auf die Tagesordnung im Hessischen Landtag gesetzt. Die gesundheits- und pflegepolitische Sprecherin, Dr. Daniela Sommer, kritisierte Sozialminister Kai Klose (B90/Grüne) dafür, dass es im Ministerium offenkundig keine Lobby für psychisch kranke Menschen gebe. „Wir alle haben die verstörenden Bilder aus der Klinik in Höchst gesehen. Und der zuständige Minister entschuldigt sich, tut aber ansonsten so, als habe er mit all dem nichts zu tun. Dabei sind die Missstände durch Berichte des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherungen (MDK) seit Jahren bekannt – man hätte sich im Sozialministerium nur dafür interessieren müssen. Im Ministerium ist natürlich auch bekannt, dass an der Klinik in Höchst qualifiziertes Personal fehlt, dass stattdessen mit sogenanntem ‚Leasing-Personal‘ gearbeitet wird und dass dort – wie in vielen anderen Einrichtungen in Hessen – ein erheblicher Investitionsstau herrscht, der eine anständige, die Heilung

fördernde Unterbringung der Erkrankten verhindert. Im Sozialministerium weiß man auch sehr gut, dass es ein Fehler war, die gesetzlich vorgesehene Besuchscommission zur Überprüfung der psychiatrischen Einrichtungen über anderthalb Jahre nicht eingerichtet zu haben. Diese Versäumnisse lassen sich nicht mit einer Entschuldigung des zuständigen Ministers beheben, sondern nur mit Taten – und die fehlen leider“, kritisierte Sommer scharf. Mit der Einsetzung eines externen Gutachters schiebe der Minister die Verantwortung für eine nachhaltige Verbesserung der Situation in der Höchster Psychiatrie von sich weg, so Daniela Sommer. „Nun soll der Gutachter richten, was die Fachaufsicht im Ministerium nicht leisten konnte oder wollte. Das muss man wohl so verstehen, dass im Verantwortungsbereich von Minister Klose entweder kein Interesse oder kein Fachwissen vorhanden ist, um selbst Konzepte zu entwickeln, mit denen die strukturellen Mängel in der Psychiatrie abgestellt werden können. Um das Vertrauen in die psy-



“**MINISTER KLOSE MUSS FÜR DIE ZUSTÄNDE IN DER AKUTPSYCHIATRIE DES KLINIKUMS FRANKFURT-HÖCHST VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN UND TATEN FOLGEN LASSEN.**“

DR. DANIELA SOMMER

FOTO: MARTINA HAUSL-DAVID

chiatrischen Einrichtungen im Land nicht weiter zu beschädigen, brauchen wir eine funktionierende Akutversorgung, verlässliche Strukturen für Prävention und Nachsorge, eine umfassende Versorgung von psychisch Kranken und einen dauerhaften Krisendienst. Denn die betroffenen Patientinnen und Patienten brauchen in psychischen Krisen Schutz und Geborgenheit“, so die Gesundheitsexpertin. ■

SONNTAGSÖFFNUNGEN

Durch den Gesetzentwurf zum Ladenöffnungsgesetz will die FDP erreichen, dass der sogenannte Anlassbezug bei den Sonntagsöffnungen gestrichen wird. Dagegen wehrte sich der arbeitsmarktpolitische Sprecher, Wolfgang Decker. Er könne nicht beurteilen, ob die Auffassung der FDP richtig sei, dass ihr Gesetzentwurf im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts stehe. Das Gericht habe dem Schutz des Sonntags nicht umsonst hohen Rang eingeräumt. Folgerichtig habe das Bundesverfassungsgericht dem Anlassbezug einen sehr hohen Stellenwert verliehen. „Diese Auffassung vertritt auch die SPD-Fraktion nach wie vor. „Auch für uns ist der Sonntag ein hohes Schutzgut“, sagte Wolfgang Decker. Decker riet der FDP, den Dialog mit den gesellschaftlich relevanten Gruppen, zum Beispiel mit den Kirchen und Gewerkschaften, zu suchen. Es sei an der Zeit, dass CDU und Grüne einen eigenen Entwurf für ein neues Ladenöffnungsgesetz vorlegten, da dieses am 31. Dezember 2019 auslaufe. ■



Wolfgang Decker, MdL

FOTO: SPD-FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

REDE ALS „HÖCHSTSTRAFE“

Die frauenpolitische Sprecherin, Lisa Gnadl, hielt ihre Rede zum AfD-Antrag, der zum Ziel hatte, Gendersprache in hessischen Ministerien, Landesbehörden und der Landtagsverwaltung abzuschaffen. Gnadl sei zwar bewusst gewesen, dass die AfD gerne familienpolitische Ausflüge in die 1950er-Jahre unternahme, jedoch nicht, dass sie sprachlich ins 18. und 19. Jahrhundert, in die Zeit Goethes und Schillers, zurückwolle. Mit Sicherheit gehe es nicht darum, die grammatikalischen Geschlechter der Sprache abzuschaffen. Doch: „Sprache ist kein Denkmal, sondern veränderbar. Sie ist der Inbegriff eines lebendigen Prozesses“, mahnte Lisa Gnadl. Sprache sei ein Spiegel der Entwicklung einer Kultur und diese sei nicht mehr in den 60er- und 70er-Jahren verhaftet. Nicht umsonst sei die Debatte um Gleichstellung und Gleichberechtigung von Männern und Frauen in den vergangenen Jahren immer größer und bedeutender geworden. ■



Lisa Gnadl, MdL

FOTO: SPD-FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

HOLZVERMARKTUNG

Bei der Neuregelung der Holzvermarktung hat der forstpolitische Sprecher, Heinz Lotz, die Landesregierung dafür kritisiert, dass sie nicht das Optimum herausgeholt habe. Auch die fehlende Öffentlichkeitsbeteiligung monierte er. „Wir sind der Auffassung, dass der Ausstieg des Landes aus der Holzvermarktung der Kommunen und Privatwaldbesitzer von erheblichem öffentlichem Interesse ist. Die Öffentlichkeit hätte folglich angehört werden müssen. Um dies nachzuholen, fordern wir eine generelle Fristverlängerung zur eigenverantwortlichen Holzvermarktung bis zum 31. Dezember 2020“, so Lotz. Kaum ein Rohstoff sei für Hessen ökologischer, als das Holz aus dem heimischen Wald. Wo dieses Holz nicht mehr bewirtschaftet werde, müsse es aus anderen Regionen der Welt nach Hessen importiert werden. „Der Landesbetrieb Hessen-Forst mit seinen gut ausgebildeten Försterinnen und Förstern war und ist der Garant dafür, dass wir einen hochwertigen und nachhaltigen Rohstoff zur Verfügung haben. Die Umstrukturierung der Holzvermarktung gefährdet dieses“, sagte Lotz. ■



Heinz Lotz, MdL

FOTO: SPD-FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

JUBILÄUMS-FRÜHLINGSEMPFANG

Der diesjährige Frühlingsempfang der SPD-Landtagsfraktion war mit einem Jubiläum verbunden. Bereits zum zehnten Mal konnte der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel wieder einmal zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft und der Zivilgesellschaft in den Räumen des Hessischen Landtags begrüßen. Schäfer-Gümbel sah die vollbesetzten Stuhlreihen als Ausdruck dafür, dass sich das Format in den vergangenen zehn Jahren einer großen Beliebtheit erfreut habe und mittlerweile fest in den verschiedenen Terminkalendern verankert sei. Der Kabarettist Axel Pätz sorgte mit seinem Programm für Schmunzeln und Heiterkeit unter den Gästen. Das Saxophon-Quartett Famdüsax zeichnete (war) für die musikalische Untermalung des Abends verantwortlich. ■



Der Frühlingsempfang war auch in diesem Jahr wieder sehr gut besucht.



Günter Rudolph, MdB begrüßt die anwesenden Gäste.



Kabarettist Axel Pätz in Aktion.



Sein mittlerweile zehnter Frühlingsempfang: Thorsten Schäfer-Gümbel, MdB.

ALLE FOTOS: JULIA BETTENDORF

MANGELNDER RESPEKT FÜRS EHRENAMT

Hessens Sozialminister Kai Klose (Bündnis 90/Die Grünen) hatte den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren im Land vorerst einen wichtigen Versicherungsschutz verweigert: Falls freiwillige Feuerwehrleute in Ausübung ihres Ehrenamtes zu Tode kommen oder Verletzungen erleiden, die sie dauerhaft zu Schwerkranken machen, erhalten nicht verheiratete Lebenspartner keine Entschädigungsleistungen. Der Fachsprecher für Feuerwehr und Katastrophenschutz, Tobias Eckert, reagierte mit Unverständnis auf die Verweigerungshaltung des grünen Ministers. Zuvor hatte schon der Landesfeuerwehrverband Kloses ablehnende Entscheidung scharf kritisiert. „So, wie es der Minister zunächst entschieden hatte, wären unverheiratete Partner von Feuerwehrleu-



Tobias Eckert, MdB

FOTO: SPD-FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

ten überhaupt nicht abgesichert. Andere Länder, beispielsweise Niedersachsen, sind da deutlich weiter und leisten nicht verheirateten Hinterbliebenen selbstverständlich eine Entschädigungszahlung. Erst nach massiver Kritik hat Klose seine Fehlentscheidung korrigiert und eine entsprechende Bundesratsinitiative Hessens angekündigt. Wir haben in Hessen rund 72.000 freiwillige Feuerwehrleute, die sich an 365 Tagen im Jahr 24 Stunden lang in den Dienst für die Sicherheit und den Schutz der Menschen in unserem Land stellen – und zwar ehrenamtlich. Diese Feuerwehrleute haben es verdient, dass ihre Partner und Angehörigen ordentlich abgesichert sind, falls einem Helfer bei einem der vielen gefährlichen Einsätze an Brand-, Unfall- und Katastrophenorten ein Unglück geschieht“, so Eckert. Der grüne Minister habe unnötig den bisher bestehenden, parteiübergreifenden Konsens gebrochen, wonach Feuerwehrangehörige im Ehrenamt bestmöglich unterstützt und wertgeschätzt werden müssten. ■

FLÄCHENDECKENDER MOBILFUNK

Eine flächendeckende Versorgung Hessens mit Mobilfunk ist für CDU und Grüne nicht wichtig. Ein entsprechender SPD-Antrag wurde von CDU und Grünen in der letzten Sitzung des zuständigen Wirtschaftsausschusses abgelehnt. „Das Ziel unseres Antrags lag darin, dass die Landesregierung eine Bundesratsinitiative für eine Verpflichtung der Mobilfunkbetreiber zu einer flächendeckenden Versorgung auf den Weg bringen soll. In Hessen gibt es viele Funklöcher, sogar in Ortschaften und auf Autobahnen und Bundesstraßen, von Eisenbahnstrecken, Landes- und Kreisstraßen ganz zu schweigen. Dies muss schnellstens abgestellt werden“, so der Initiator des Antrags, Landtagsabgeordneter Stephan Grüger. Den Verweis auf eine angebliche 98-prozentige Haushaltsabdeckung mit Mobilfunk empfänden die hessischen Bürgerinnen und Bürger als Hohn, da sie tagtäglich eine andere Situation erlebten. ■

RUNDFUNK-STAATSVERTRAG

In zweiter Lesung hat der Hessische Landtag dem Rundfunkänderungsstaatsvertrag zugestimmt. „Das ist ein wichtiger Schritt in Richtung digitales Zeitalter“, sagte die medienpolitische Sprecherin Angelika Löber. Sie begrüßte die Neuerung, dass Inhalte künftig länger auf den Portalen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verweilen können. Für freie Film- und Medienproduzenten brauche es ausreichend Anreize, für ARD, ZDF und Deutschlandradio zu produzieren, damit diese ein ausgewogenes Angebot sichern können. ■

GIRLS DAY IN DER SPD-FRAKTION



Im Rahmen des Girls-Days hatten rund 50 junge Mädchen die Möglichkeit in das Landtagsleben der SPD-Fraktion zu schnuppern. Nach einer allgemeinen Einführung über die Arbeit des Landtags und der Landtagsfraktion konnten sich die Besucherinnen anschließend in kleineren Diskussionsrunden zu unterschiedlichen Themen mit den Abgeordneten Kerstin Geis, Heike Hofmann, Angelika Löber und Lisa Gnadl ausprobieren. Die Motivation für einen Tag bei der SPD-Landtagsfraktion fiel bei den Mädchen sehr unterschiedlich aus – sie alle interessierten sich jedoch für eines: Für Politik.

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

FRAUEN IN NOTLAGEN SCHÜTZEN

Die stellvertretende Vorsitzende und frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Lisa Gnadl, hat in der Debatte um ein hessisches Gesetz zum Schutz von schwangeren Frauen bei Schwangerschaftsberatung beziehungsweise -abbruch zeitnahe Maßnahmen gefordert, damit die Betroffenen wieder einen diskriminierungsfreien und unbeeinflussten Zugang zu Beratung und ärztlicher Versorgung erhielten. In jüngster Zeit haben einschüchternde Demonstrationen und Mahnwachen von sogenannten Lebensschützern vor Beratungsstellen und Arztpraxen stattgefunden, die Frauen in einer Schwangerenkonfliktsituation betreuen. „Dass im Jahr 2019 Frauen



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

in Deutschland und in Hessen überhaupt besonderer Schutzmaßnahmen bedürfen, um ihr gesetzlich verbrieftes Recht auf Beratung bei einer ungeplanten Schwangerschaft in Anspruch nehmen zu können

oder auch einen straffreien Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen, ist an sich schon beschämend und beunruhigend. Sowohl religiös-fundamentalistische wie auch völkische Gruppierungen wollen Frauen ihr Selbstbestimmungsrecht nehmen. Da sie das zum Glück politisch und rechtlich nicht schaffen, versuchen sie es mit Einschüchterung und Psychoterror.“ Wo versucht werde, Menschen zu bedrängen und zu nötigen, wo Persönlichkeitsrechte verletzt, Menschen, die sich gesetzeskonform verhielten, denunziert würden oder sogar der Holocaust relativiert werde, da werde das Demonstrationsrecht missbraucht. Dabei dürfe der Rechtsstaat nicht tatenlos zusehen. ■

GLEICHBERECHTIGUNG STÄRKEN

Zum diesjährigen internationalen Frauentag konnte die SPD-Landtagsfraktion die Berliner Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales, Sawsan Chebli, als besonderen Gast begrüßen. Sawsan Chebli hat in ihrer Rede den Nachholbedarf in Sachen Gleichstellung von Mann und Frau dargelegt und für eine Stärkung der Gleichberechtigung in Deutschland und Europa geworben. ■



FOTO: ISABEL NEUMANN

Machten sich für Gleichberechtigung stark: Lisa Gnadl, MdL (links), Staatssekretärin Sawsan Chebli (Mitte) und Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL.



Christoph Degen, MdL

FOTO: SPD-FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

HEISSE LUFT

Ein erneutes Beispiel für die Konzeptlosigkeit von CDU und Grünen sieht der bildungspolitische Sprecher, Christoph Degen, bei der Möglichkeit der Vergabe von schriftlichen Bewertungen anstelle von Ziffernoten an einigen Schulen in Hessen. „Hinter der nicht ganz neuen Idee von Schwarz-Grün steckt ganz viel heiße Luft. Denn die Möglichkeit, auf Noten zu verzichten, soll zunächst einmal nur für pädagogisch selbstständige Schulen gelten, die es allerdings erst in frühestens ein- einhalb Jahren geben wird. Es gibt weder ein Konzept, noch hat Kultusminister Lorz auch nur die geringste Ahnung, wie der Notenverzicht funktionieren soll“, sagte Degen. Schulen und Lehrkräfte seien einmal mehr die Leidtragenden und müssten sehr geduldig sein, ehe die Landesregierung sie mit einem Konzept beglücken werde. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:
Gert-Uwe Mende (verantwortlich)
Dr. Wilfried Lamparter
Michael Fraenkel
Gerfried Zluga
Isabel Neumann
Martina Häusl-David
Willy Witthaut

Anschrift:
Schlossplatz 1–3
65183 Wiesbaden